

grün journal

Das Magazin der Grünen-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft

INHALT

Stadtentwicklung

Stadtteile sollen bei großen Bauvorhaben vor Ort mehr Zusicherungen erhalten. **S. 2**

Kriminalität

Sicherheitsberichte sollen die reale Kriminalitätslage besser beleuchten. **S. 3**

Europa

Die Grünen-Fraktion will Bremen zum Standort für eine Europa-Uni machen. **S. 4**

Abbiegeassistent für Fuhrpark

Um ein Zeichen gegen Abbiegeunfälle von Lkw zu setzen, bei denen RadfahrerInnen und FußgängerInnen häufig schwer verletzt oder gar getötet werden, rüstet Bremen seinen Fuhrpark auf grüne Initiative mit Abbiegeassistenten aus. Eine vom Bundesrat befürwortete Pflicht, Lkws mit dieser Sicherheitstechnik auszustatten, lässt auf sich warten. „Wir setzen ein Zeichen für mehr Verkehrssicherheit. Abbiegeassistenten retten Leben“, so Verkehrspolitiker Ralph Saxe.

Rad-Mittel vervierfachen



Um der Verkehrswende mehr Schwung zu verleihen, will die Grünen-Fraktion die Mittel für den Radverkehr ab 2020 vervierfachen. Bremen soll dann jährlich 26 Euro pro EinwohnerIn in die Rad-Infrastruktur investieren. Zum Vergleich: Der Autoverkehr kostet pro Jahr gut 100 Euro pro Kopf. Damit die Verbesserungen dann auch geplant und umgesetzt werden können, machen sich die Grünen zudem für eine personelle Aufstockung um bis zu zehn Stellen stark. Außerdem soll für den Fußverkehr ein eigener Haushaltsposten veranschlagt werden. „Der Umbau Bremens zur Fahrradstadt muss weiter voranschreiten. Das ist eine Investition

in den Klimaschutz. Die Stadt profitiert davon, wenn noch mehr Menschen Rad fahren oder zu Fuß gehen: Die Lärmbelastung sinkt, die Luftqualität verbessert sich, die Lebensqualität steigt. Um die Verkehrswende voranzutreiben, müssen wir mit der Infrastruktur Anreize zum Umstieg schaffen. Dazu gehören mehr Radpremiumrouten, Rad- und Fußbrücken über die Weser, breitere Rad- und Gehwege, mehr Zebrastreifen, verkürzte Wartezeiten an Fußgängerampeln. Das kostet Geld“, so der verkehrs- und klimapolitische Sprecher Ralph Saxe.

Das Positionspapier findet sich hier: www.gruene-fraktion-bremen.de

Kriminalität wirksam bekämpfen

Die Grünen-Fraktion fordert zur Ergänzung der Polizeistatistik wissenschaftlich fundierte Sicherheitsberichte inklusive Dunkelfeldstudien.

Einen Überblick über das Kriminalitätsgeschehen in Bremen und Bremerhaven liefert die jährliche Polizeistatistik. Sie ist aber zu ungenau, um daraus ein reales und umfassendes Bild der Sicherheitslage ableiten zu können. Straftaten, die nicht angezeigt wurden, sucht man darin vergeblich. Außerdem handelt es sich um eine reine Verdachtsstatistik – denn aufgeführt werden darin lediglich die ermittelten Tatverdächtigen ohne Hinweis darauf, wie das anschließende Gerichtsverfahren ausgegangen ist. Bestimmte Bereiche wie Staatschutzdelikte oder Steuervergehen

werden darin gar nicht erfasst. Um ein genaueres Bild von der Kriminalitätslage und -entwicklung zu erhalten, will die Grünen-Fraktion die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik alle zwei Jahre um Periodische Sicherheitsberichte ergänzen. Einen entsprechenden Gesetzentwurf hat die Fraktion nun vorgelegt.

„Um wirksame Konzepte zur Kriminalitätsbekämpfung entwickeln zu können, brauchen wir belastbare Daten. Die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik ist in erster Linie ein Arbeitsnachweis der Polizei mit begrenzter Aussagekraft. Eine wackelige Statistik reicht nicht, wenn wir Fake News

und Angstmacherei etwas entgegensetzen wollen. Dafür sind fundierte Erkenntnisse nötig, wie sie Periodische Sicherheitsberichte auf Basis wissenschaftlicher Fakten und Analysen liefern. Dies kann die Kriminalitätsbekämpfung zielgerichteter, die Arbeit der Sicherheitsbehörden effektiver und unsere beiden Städte am Ende deutlich sicherer machen“, erläutert der innenpolitische Sprecher Björn Fecker.

Die Periodischen Sicherheitsberichte sollen unter Beteiligung von WissenschaftlerInnen aus den Bereichen Kriminologie, Soziologie und Psychologie auch Dunkelfeldstudien auf der Basis von Bevölkerungsbefragungen einbeziehen. Die Sicherheitsberichte umfassen einen mehrjährigen Zeitraum und enthalten neben den statistischen Daten von Polizei und Justiz auch wissenschaftlich fundierte Bewertungen und Prognosen zu den verschiedenen Kriminalitätsfeldern sowie Vorschläge zu ihrer Bekämpfung. „Bisher werden Sicherheitsgesetze viel zu oft nach Stimmungslage statt auf Basis gesicherter Fakten gemacht. Die Sicherheitsberichte sind ein probates Mittel, dies zu ändern“, unterstreicht Björn Fecker.





Stadtteile mehr einbeziehen

Bremen wächst, an vielen Straßenecken drehen sich die Kräne: Für gut 10.000 Wohnungen wird das Bauressort am Ende der Legislaturperiode die Baugenehmigungen erteilt haben – und dabei sind große Bauvorhaben wie das Hulsberg-Quartier, die Gartenstadt Werdersee, das Brinkmann-Gelände, die Rennbahn, die früheren Areale von Cola und Könecke oder das Kellogg's-Gelände noch gar nicht berücksichtigt. Allen Unkenrufen zum Trotz müssen am grünen Stadtrand keine Trabantenviertel aus dem Boden gestampft werden. Der Wohnungsbau im bereits vorhandenen Siedlungsgebiet schont die Natur und bietet mit der bereits vorhandenen Infrastruktur von Straßenbahnen bis zu Supermärkten viele Vorteile. Dennoch ist die Innenentwicklung nicht konfliktfrei: Die Menschen in den gewachsenen alten Stadtteilen fürchten mehr Verkehr oder beklagen den Verlust von Freiraum.

Um die Stadtteile zu Partnern beim dringend erforderlichen Bau bezahlbarer Wohnungen zu machen, müssen die Interessen der gewachsenen Quartiere in der Stadtentwicklung eine größere Bedeutung bekommen.

Verträge mit Stadtteilen schließen

„Wer will, dass die neuen Projekte im Inneren der Stadt gelingen, muss sich um den Teil der Stadt kümmern, den es schon gibt – also um die Nachbarn in den gewachsenen Quartieren. Wir wollen die Wachstumsschmerzen für die BürgerInnen erträglicher machen. Wir schlagen vor, für die großen Projekte informelle Entwicklungsverträge auszuhandeln, in denen der Rahmen der Entwicklung beschrieben wird. Darin könnte z.B. festgelegt werden, wie das Bauland und das Grün, die Flächen für Sport und Freizeit und die Refugien für die Kinder verteilt



werden. Die gewachsenen Quartiere ändern sich ja auch. Daraus entsteht ein neuer Bedarf. Seien es Kindergärten, Schulen oder Angebote für die Älteren, die in ihrer gewohnten Umgebung bleiben wollen“, erläutert der stadtentwicklungspolitische Sprecher Robert Bücking den Vorstoß.

Das Positionspapier findet sich hier: www.gruene-fraktion-bremen.de

Europa-Uni für Bremen

Grünen-Fraktion stellt Große Anfrage, um vom Senat konzeptionelle Ideen zu erfahren.

Über die Europäische Union fanden einst kriegführende Nationalstaaten einen Weg der Zusammenarbeit, die den Menschen dauerhaften Frieden, Freiheit und Demokratie gebracht hat. Angesichts der anhaltenden Versuche, Europa zu spalten, muss der europäische Weg der Zusammenarbeit weiterentwickelt werden. Frankreichs Präsident Macron hat dafür u.a.

Forschungsraum sichern, die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit fördern und sich aktiv an der nötigen Erneuerung des europäischen Zusammenhalts beteiligen“, betont die europä- und wissenschaftspolitische Sprecherin Henrike Müller.

Europäische Unis könnten Impulse zur Bewältigung der großen europäischen Herausforderungen wie etwa Klimaschutz, Umweltschutz,

soziale Sicherung, Weiterentwicklung der Raumfahrt geben. „Europäische Universitäten könnten einen grenzüberschreitenden Diskurs über europäische Grundwerte anstoßen und erforderliche Veränderungen in der EU vorschlagen. Sie könnten Antworten auf Migrationsfragen, die Krise der liberalen Demokratie oder den Zerfall des solidarischen Zusammenhalts liefern. Vor allem aber könnten sie die Idee der europäischen Integration neu beleben und für junge Menschen erlebbar machen“, so Henrike Müller.



Brennpunkte genauer erfassen

Die Grünen-Fraktion will soziale Ungleichheiten in den Quartieren genauer erfassen und die Mittelausstattung von Gebieten in den Programmen ‚Wohnen in Nachbarschaften (WiN)‘ und ‚Soziale Stadt‘ stärker am tatsächlichen Bedarf ausrichten. Mit den bisherigen Sozialindikatoren wird der Blick auf einige Quartiere verzerrt – z.B. wenn sich der soziale Brennpunkt inmitten von gutbürgerlicher Nachbarschaft befindet. Die Folge: nur eine halbe statt der erforderlichen ganzen Stelle fürs Quartiersmanagement. „Mit einem Perspektivwechsel auf einzelne Baublöcke sorgen wir dafür, dass die Mittel künftig den tatsächlichen Bedarf abdecken“, so die sozialpolitische Sprecherin Sahhanim Görgü-Philipp.

Impressum



Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20, 28195 Bremen
Tel.: 0421 / 3011-0
E-Mail: fraktion@gruene-bremen.de
ViSdP: Matthias Makosch
Texte: Matthias Makosch
Fotos: iStockphoto

Druck: Geffken & Köllner, Bremen